

51

30. Juli 1945

Colonel Duruz:

1. Besprechung der Frage der Unterstellung der Forstverwaltung. Memorandum²⁶⁵ überreicht und Antrag gestellt, die Frage auf nächstes Jahr zu vertagen. Entscheidung liegt bei Hauptquartier.
2. Die landwirtschaftliche Nutzung des Reichseigentums²⁶⁶ wird von Staatsrat Rattenhuber bearbeitet. Auch sonst muß alles nur Mögliche getan werden, um die Bearbeitung brachliegenden Bodens sicherzustellen.
3. Falls für geschlossene Arbeitsgruppen Sägen und Äxte benötigt werden, kann ein entsprechender Antrag an den Supply-Officer gerichtet werden.

Büro Bromage:

1. Brief wegen Berufung Hans von Lex überreicht.
2. Anfrage wegen Fragebogen Gräfin Podewils eingereicht.
3. Die Ernennung Heppner steht noch aus.

Büro Major Vacca:

wünscht bis morgen die Einwohnerzahl von Bayern und der einzelnen Regierungsbezirke, soweit als möglich mit Unterteilungen nach Religion u. dergl.²⁶⁷

Colonel Sheppard:

1. Die Ernennung Schwink ist in Ordnung und genehmigt.²⁶⁸
2. Antrag, daß Brunner in München bleiben darf.²⁶⁹ Unterstützung zugesagt.
3. Brief wegen Wasserstraßendirektion überreicht.²⁷⁰ Nachprüfung der Angelegenheit wird vorgenommen werden.

Büro Major Silvey:

Brief wegen Dynamit AG überreicht, wird an das Augsburger Detachment weitergegeben, soweit der Inhalt lokal zu erledigen ist.

265Memorandum von Landesforstmeister Hoepffner für Schäffer, 16.7. 1945, spricht sich für die Beibehaltung der direkten Unterstellung der Bayerischen Landesforstverwaltung unter den MPr. aus (StK 111676). Vgl. *Rubner, Volkert* S. 289.

266Vgl. Schäffer an StMF, 31. 7. 1945 (MF 70256).

267Entsprechendes Material in StK 113806a.

268Als Bevollmächtigter für den Nahverkehr München; s. o. S. 52.

269Vgl. Schreiben Schäffers, 30. 7. 1945 (MWi 12323).

270Vgl. StMI an Schäffer, 28. 7. 1945 und Schäffer an StMI, 31. 7. 1945 (StK 114604). Es handelt sich um eine Entschließung des RP Wiesbaden betr. die Unterstellung der Wasserstraßenämter Aschaffenburg, Würzburg, Schweinfurt und Bamberg unter die Wasserstraßendirektion Wiesbaden. Schäffer sprach sich gegen jede Änderung der Zuständigkeit aus und äußerte, es bestehe nicht der geringste technische Anlaß für solche überflüssige Zentralisation. Er habe den Eindruck, daß RMG seinen Standpunkt vollkommen teile. S. *Fromm* S. 57–64.